

## „La France est en guerre“

FRANKREICH ZWISCHEN DEN TERRORANSCHLÄGEN UND DEN REGIONALWAHLEN

[www.kas.de/frankreich](http://www.kas.de/frankreich)

„La France est en guerre“ – Frankreich befindet sich im Krieg. Mit diesen Worten eröffnete Präsident François Hollande am 16. November seine Rede vor dem Kongress, der gemeinsamen Sitzung beider Parlamentskammern Frankreichs. Drei Tage zuvor waren 130 Menschen bei Terroranschlägen in Paris ermordet und hunderte verletzt worden. Die Reaktionen von Präsident und Regierung waren rasch und eindeutig: Noch in der Nacht rief Hollande den Ausnahmezustand über ganz Frankreich aus und verkündete, dass die Terroristen die ganze Härte des Staates treffen würde. Umgehend kamen 3000 Soldaten zum Einsatz, um Flughäfen, Bahnhöfe und öffentliche Plätze zu schützen. Die Luftangriffe auf Stellungen der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ in Syrien wurden verstärkt.

In den folgenden Tagen schaffte es der Präsident, die Reihen zu schließen: Nach seiner Rede vor dem Kongress in Versailles zollten ihm die Abgeordneten aller im Parlament vertretenen Parteien stehenden Beifall. Wenige Tage später verlängerten die Abgeordneten der Assemblée nationale mit der überwältigenden Mehrheit von 551:6 Stimmen den Ausnahmezustand um drei Monate. Mit der Inanspruchnahme der Beistandsklausel aus dem Lissabonner Vertrag (Art. 42 Abs.7) nahm der Präsident die europäischen Nachbarstaaten sodann in die Pflicht. Zur Bildung einer internationalen Koalition gegen die Terroristen führte Hollande Gespräche mit den Präsidenten der USA und Russlands, Barack Obama und Wladimir Putin, sowie mit dem britischen Premierminister David Cameron und Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Seit den Terroranschlägen von Paris erleben die Franzosen einen ernsten und nachdenklichen Präsidenten, der entschieden und klar seinen Kurs verfolgt und dabei bisher bei seinen öffentlichen Auftritten die richtigen Worte findet. Der laufende Wahlkampf zu den Regionalwahlen, die am 6. und 13. Dezember stattfinden werden, wurde vorübergehend ausgesetzt. Über die Medien nahmen Politiker jeglicher Couleur jedoch die Gelegenheit wahr, die Ursachen und Folgen der Anschläge ausführlich zu diskutieren und auf diese Weise den Wahlkampf mit anderen Mitteln fortzuführen. Einen Wahlkampf, bei dem plötzlich sicherheitspolitische Fragen im Mittelpunkt stehen.

In diesem Wahlkampf wird das linke Lager vom Präsidenten und seiner Kriegsrhetorik dominiert. Von den „Frondeuren“, den linksorientierten Politikern innerhalb der Sozialistischen Partei, aber auch von den zahlreichen Parteien und Gruppierungen im linken Spektrum ist derzeit wenig zu vernehmen. Die von der sozialistischen Regierung derzeit verfolgte harte Linie – Hausdurchsuchungen und Hausarrest, die Stärkung der Sicherheitsapparate oder gar der Entzug der Staatsbürgerschaft – hätte unter normalen Bedingungen für harte Auseinandersetzungen innerhalb der Partei gesorgt. Unter dem Eindruck der Terrorattacke scheinen sie kaum Gegenstand kontroverser Diskussionen zu sein. Noch nicht einmal die Aufforderung von Regierungssprecher Stéphane Le Foll, am Tag der Trauerfeier für die Ermordeten die Häuser der Hauptstadt mit der französischen Fahne zu schmücken, hat für kritische Kommentare gesorgt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

1. Dezember 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Den bürgerlichen Républicains fällt eine Positionierung zwischen Präsident und Regierung einerseits und der rechtspopulistischen Front National andererseits schwer. Denn Präsident Hollande fährt seit den Anschlägen einen Kurs, den die Bürgerlichen wohl nicht anders machen würden. Gleichzeitig gilt es, der erstarkenden Front National zu begegnen. Direkt nach den Anschlägen hatte sich ihr Vorsitzender Nicolas Sarkozy hinter Präsident und Regierung gestellt und dafür breite Unterstützung erhalten. Inzwischen fordert Sarkozy eine Wende in der Sicherheitspolitik: Französische Syrien-Heimkehrer, die auf Seiten der Terroristen des Islamischen Staates gekämpft hätten, seien bei der Wiedereinreise in Gewahrsam zu nehmen. Internetseiten, die die Gewalt des „Islamischen Staates“ verherrlichen, müssten juristisch ebenso belangt werden wie etwa die Verbreitung von Kinderpornographie. Die rund 11.000 dem Staat bekannten radikalisierten Islamisten in Frankreich sollten künftig mittels einer elektronischen Fußfessel überwacht werden. Zur Vernichtung der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ dürfe der Westen eine Zusammenarbeit mit Russland nicht scheuen. Mitunter schießt der frühere Präsident bei seinen Auftritten rhetorisch über das Ziel hinaus und hinterlässt auch bei seinen Unterstützern Ratlosigkeit. Etwa wenn er den sicherheitspolitischen Kurs seiner eigenen Regierungszeit in Frage stellt, der Europäischen Union Versagen vorwirft und künftig eine stärkere Rolle der Nationalstaaten fordert.

Sarkozys innerparteiliche Kontrahenten, die wie er gerne als Kandidat der Républicains bei den nächsten Präsidentschaftswahlen im Mai 2017 antreten möchten, nutzen die Chance und stärken durch ihre Diskussionsbeiträge ihr eigenes Profil. So trat Alain Juppé betont staatsmännisch auf und forderte die Einführung eines staatlichen Diploms für Imame und muslimische Prediger. François Fillon schlug vor, dass die Regierung täglich die Anzahl der ausgewiesenen Ausländer bekannt geben solle. Und Bruno Le Maire verlangt die Revision der Beziehungen Frankreichs zu den Golfstaaten, denen die Finanzierung von Terrorgruppen nachgesagt wird.

Die Vorsitzende der extremrechten Front National, Marine Le Pen, nutzt seit den Anschlägen die Gelegenheit, ihre bisherigen politischen Forderungen zu unterstreichen und auf die sicherheitspolitischen Versäumnisse in der Regierungszeit von Hollande und Sarkozy hinzuweisen: Ohne gesicherte Grenzen gebe es keinen Schutz. Daher solle Frankreich wieder dauerhafte und wirksame Grenzkontrollen einführen. Armee, Gendarmerie und Polizei benötigten mehr Personal und eine bessere Ausrüstung. Der Ausnahmezustand solle genutzt werden, um die Banlieus zu entwaffnen. Präsident und Regierung, setzten nun – unterstützt vom Beifall der Républicains – Forderungen um, die die Front National seit langer Zeit fordere.

Ob der seit Monaten anhaltende positive Trend der Front National durch die Anschläge von Paris bei den Regionalwahlen am 6. und 13. Dezember noch weitere Schubkraft erhalten wird, ist unklar. In einer zehn Tage vor dem ersten Wahlgang veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IPSOS würde die Front National landesweit mit 30 Prozent stärkste politische Kraft werden, gefolgt von den Républicains mit 29 Prozent und den Sozialisten mit 22 Prozent der Stimmen. Allerdings gaben über ein Viertel aller Befragten an, dass sie sich noch nicht entschieden hätten, welcher Partei sie ihre Stimme geben werden.